
5959/J XXVIII. GP

Eingelangt am 24.04.2026

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ANFRAGE

des Abgeordneten Christofer Ranzmaier
an den Bundesminister für Inneres
betreffend **Entführungsversuche sowie Ansprechvorfälle gegenüber Kindern**

In den vergangenen Wochen wurde medial über einen versuchten Entführungsfall eines siebenjährigen Mädchens in Völs (Tirol) berichtet.¹ Laut den vorliegenden Informationen konnte sich das Kind selbst befreien und flüchten. Der Vorfall sorgt verständlicherweise für große Verunsicherung bei Eltern, Bildungseinrichtungen und der Bevölkerung insgesamt.

Unabhängig vom konkreten Einzelfall stellt sich die grundsätzliche Frage, in welchem Ausmaß es in Österreich in den vergangenen Jahren zu vergleichbaren Vorfällen gekommen ist, bei denen Kinder von fremden Personen angesprochen, zum Mitgehen aufgefordert oder sogar körperlich festgehalten wurden. Ebenso ist von Interesse, wie viele dieser Meldungen tatsächlich strafrechtlich relevante Entführungsversuche darstellen und welche Maßnahmen seitens der Sicherheitsbehörden gesetzt wurden.

Darüber hinaus kommen der Prävention und Sensibilisierung eine zentrale Rolle zu. Insbesondere Schulen, Kindergärten und Betreuungseinrichtungen stehen hier oft an vorderster Front, wenn es darum geht, Kinder über mögliche Gefahren aufzuklären und richtiges Verhalten zu vermitteln. Auch stellt sich die Frage, inwieweit öffentliche Räume wie Spielplätze, Parks oder Freizeiteinrichtungen in sicherheitspolitische Überlegungen einbezogen werden.

In diesem Zusammenhang richtet der unterfertigte Abgeordnete an den Bundesminister für Inneres nachstehende

Anfrage

1. Wie viele Fälle wurden in den letzten zehn Jahren österreichweit angezeigt oder gemeldet, in denen Kinder von fremden Personen angesprochen und zum Mitgehen aufgefordert wurden? (Bitte um Aufschlüsselung nach Jahr)
 - a. Wie viele dieser Fälle wurden zur Anzeige gebracht?

¹ <https://kurier.at/chronik/tirol/entfuehrung-tirol-polizei-kinder-ermittlungen/403143903> (aufgerufen am 21.04.2026)

2. Wie viele gemeldete Fälle gab es in den letzten zehn Jahren, in denen es zu einem tatsächlichen Versuch kam, ein Kind gegen seinen Willen mitzunehmen oder körperlich festzuhalten? (Bitte um Aufschlüsselung nach Jahr)
 - a. Wie viele dieser Fälle konnten aufgeklärt werden?
3. Wie viele tatsächliche Entführungen von Minderjährigen wurden in den letzten zehn Jahren in Österreich registriert? (Bitte um Aufschlüsselung nach Jahr)
 - a. Wie viele dieser Fälle konnten vollständig aufgeklärt werden?
4. In wie vielen Fällen standen die Täter in keiner persönlichen Beziehung zum Kind (also Fremdtäter)?
5. Welche Erkenntnisse liegen über typische Tatorte solcher Vorfälle vor (z. B. Schulweg, Spielplätze, Parks, Freizeiteinrichtungen, öffentliche Verkehrsmittel)?
 - a. Gibt es hierzu statistische Auswertungen?
6. Gibt es bundesweit einheitliche Erfassungskriterien für derartige Vorfälle (Ansprechversuche, Verdachtsmeldungen, tatsächliche Versuche)?
 - a. Wenn ja, wie sind diese definiert?
 - b. Wenn nein, warum nicht?
7. Welche konkreten präventiven Maßnahmen haben Sie in Ihrem Zuständigkeitsbereich gesetzt, um Kinder vor derartigen Gefahren zu schützen?
8. Welche Programme oder Initiativen zur Sensibilisierung von Kindern bestehen aktuell (z. B. in Kooperation mit Schulen oder Kindergärten)?
9. Welche Empfehlungen oder Leitlinien wurden Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen im Umgang mit derartigen Vorfällen bzw. Verdachtsfällen übermittelt?
10. Gibt es standardisierte Informations- oder Präventionsangebote der Polizei für Schulen (z. B. Workshops, Vorträge, Informationsmaterialien)?
 - a. Wenn ja, wie häufig werden diese durchgeführt?
 - b. Wie viele Kinder wurden in den letzten zehn Jahren erreicht?
11. Welche Maßnahmen wurden gesetzt, um Eltern und die breite Öffentlichkeit für dieses Thema zu sensibilisieren?
12. Gibt es spezielle sicherheitspolizeiliche Konzepte oder Schwerpunktaktionen im Bereich von Spielplätzen, Parks oder anderen stark von Kindern frequentierten Orten?
13. Wie wird sichergestellt, dass Verdachtsmeldungen (z. B. durch Schulen oder Eltern) rasch und einheitlich bearbeitet werden?
14. Wurden nach aktuellen Vorfällen, insbesondere dem Fall in Völs, zusätzliche Maßnahmen gesetzt oder evaluiert?
 - a. Wenn ja, welche konkret?
 - b. Wenn nein, warum nicht?